

Unwahrheiten und Vermutungen

Zum Artikel „Im Störfeuer der Flugsicherung“ vom 19. November 2015:

Die Interessen der Windkraftbetreiber und die der Funknavigation sind nicht leicht unter einen Hut zu bringen. Unnötig erschwerend sind jedoch falsche Behauptungen von Windkraftbefürwortern. Von einem „Störfeuer der Flugsicherung“ kann nämlich keine Rede sein:

1. Der VOR-Schutzbereich (15 Kilometer) ist keine willkürliche Festlegung. Er beruht auf Vorgaben der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation, die auch für und in Deutschland gelten. In einigen anderen Ländern gelten sogar 25 Kilometer.

2. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) wurde aufgrund von EU-Verordnungen errichtet und ist vorrangig an europäisches Recht gebunden. Eine Einflussnahme aus dem Verkehrsministerium ist eine unbewiesene Unterstellung.

3. Falsch ist auch, dass „die Anlage (Luburg VOR) modernisiert und somit störunanfälliger gemacht werden kann“. Drehende Windflügel verfälschen das Empfangssignal des flugzeugseitigen VOR-Empfängers. Wenn, dann müsste die VOR-Technik insgesamt geändert werden.

4. VOR-Navigation ist nach wie vor gesetzliche Vorschrift (FSAV). Insbesondere dann, wenn das GPS ausfiele, bliebe noch diese Navigationsmöglichkeit übrig.

5. Unglaublich ist auch die Behauptung, dass sich im Schutzbereich des VOR Nienburg bereits 109 (!) Anlagen befänden. Wenn überhaupt, dürften davon nur wenige Anlagen (dann aber mit niedriger Nabenhöhe und unterhalb des VOR-Bauschutzbereichs) installiert sein.

6. Unwahrheit wird auch durch mehrfache Wiederholung nicht wahrer: GPS-Navigationsverfahren sind als alleinige Navigationsmöglichkeit nicht zugelassen, und VOR muss weiterhin zur Verfügung stehen, siehe auch 4.

7. Besonders entlarvend sind die Aussagen zum Genehmigungsverfahren und dem Zeitrahmen für die EEG-Vergütung. Baden-Württemberg ist ein Schwachwindland, hier rechnet sich Windkraft lediglich durch EEG-Bezuschussung – bezahlt von den Stromkunden! Ob es marktwirtschaftlich und sozial ist, dass Windkraftgewinne privatisiert und -Verluste sozialisiert werden, muss jeder selbst beurteilen.

Schade, dass einmal mehr mit Unwahrheiten und Vermutungen seitens der Windkraftbefürworter versucht wird, berechtigte Einwände zu beseitigen.

Christian Schulz, Backnang-Heiningen